



Rationalität der Schuldenbremse und Optionen zur Finanzierung von Investitionen

Neun Thesen zur Schuldenbremse

14. März 2024 / Karl-Heinz Paqué



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.



NeunThesen zur Schuldenbremse

These 1: Eine Schuldenbremse ist politökonomisch sinnvoll.



Schuldenbremsen – durch Verfassungsrecht abgesichert – sind politökonomisch sinnvoll, weil sie die Macht der Finanzministerien in den Regierungskabinetten stärken. Sie schaffen in Haushaltsverhandlungen eine „harte“ Budgetrestriktion und begrenzen somit den allfälligen Forderungsspielraum der Fachressorts. Ohne sie würde die Politik zu Lasten künftiger Generationen noch mehr verzerrt als sie es ohnehin schon ist, vor allem durch das Fehlen eines Wahlrechts der noch nicht Geborenen.

These 2: Die Schuldenbremse ist generationengerecht.



Die demografischen Entwicklungen in Deutschland sind eindeutig: Die Bevölkerung altert und schrumpft. Der Trend geht deshalb hin zu stärkerer Belastung der kleiner werdenden jungen Generation. Dieser Trend darf nicht durch zusätzliche Belastungen künftiger Generationen mit hoher Staatsverschuldung verstärkt werden. Eine wirksame Schuldenbremse ist deshalb ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Sie zu gewährleisten ist eine zentrale ethische Aufgabe des Staates.

These 3: Die „neue“ Schuldenbremse ist besser als die „alte“.



In Deutschland gab es vor Inkrafttreten der „neuen“ Schuldenbremse 2011 eine „alte“ Schuldenbremse in den Verfassungen von Bund und Ländern. Sie erlaubte eine maximale Nettokreditaufnahme in Höhe der eigenfinanzierten Investitionen. Sie bewährte sich nicht, weil die bevorzugte Behandlung der (physischen) Investitionen zu „kreativer“ Budgetierung und ständigem Streit über den ökonomisch sinnvollen Investitionsbegriff führte. Die neue Schuldenbremse machte damit ein Ende.

These 4: Die „neue“ Schuldenbremse war bedingt erfolgreich.



Die Staatsverschuldung stieg seit der Wiedervereinigung bis 2010 kontinuierlich und zuletzt in der Weltfinanzkrise scharf an – von rund 500 Mrd. Euro 1990 auf mehr als 2.000 Mrd. Euro 2010. Ab 2013 bis 2019 nahm sie moderat ab. Dies war ein Erfolg, allerdings nur ein bescheidener, weil die Steuereinnahmen bis 2019 stark zunahmen und die Konsolidierung erleichterten. Der Ausbau des Sozialstaats ging ungebrochen weiter. 2020ff nahm die Verschuldung im Zuge der Notlage von Covid19 wieder zu.

These 5: Kleine Reformen der Schuldenbremse versprechen kaum Entlastung.



Die Reformvorschläge des Sachverständigenrats – u. a. leichte Streckung der Rückkehr zur Normalität nach einer Notlage und Flexibilisierung des Limits der Neuverschuldung mit der Höhe der Schuldenquote – würden am fundamentalen Konsolidierungsbedarf nichts Wesentliches ändern. Sie würden vielleicht die Anpassung in „schlechten Zeiten“ ein wenig erleichtern, aber nicht wirklich zusätzliche fiskalische Spielräume für eine Investitionsoffensive schaffen.

These 6: Die Abschaffung der Schuldenbremse wäre fatal.



Eine radikale Aufweichung der Schuldenbremse bis hin zu ihrer faktischen Abschaffung wäre ein verheerendes Signal. An den Kapitalmärkten könnte es zu einer drastischen Verschlechterung der Bonität Deutschlands führen – und damit zu zusätzlichen Zinslasten, die den neu gewonnenen fiskalischen Spielraum schnell wieder zerstören. Im Euroraum wäre sie eine neue Gefahr für die Stabilität von Nachbarländern, deren Bonität durch die Reputation des Ankerlandes gestützt wird.

These 7: Das deutsche und das Schweizer Modell sind gleichwertig.

Das deutsche Modell und das Schweizer Modell der Schuldenbremse sind im Wesentlichen gleichwertig. Beide Modelle waren seit ihrer Einführung „bedingt erfolgreich“ in dem Sinn, dass sie bei stark steigenden Steuereinnahmen eine Senkung der Schuldenquote erlaubten. Einzelne Elemente des Schweizer Modells - zum Beispiel die Möglichkeit der Finanzierung von Großprojekten der Infrastruktur durch Kreditaufnahme mit zwingendem Tilgungsplan – sind für Deutschland diskussionswürdig.



These 8: Investitionen müssen erhöht werden – durch Konsumverzicht.

Der Investitionsbedarf in Deutschland ist enorm. Zu seiner Finanzierung sind wachstumsschädliche Erhöhungen der Steuern und die Aufweichung der Schuldenbremse ungeeignet. Es bleibt als Lösung nur die Umschichtung von Haushaltsmitteln vom Staatskonsum (einschl. Subventionen und Transferzahlungen). Diese ist nur möglich mit grundlegenden Reformen des Sozialstaats und der Altersvorsorge, die aus dem Bundeshaushalt derzeit Zuschüsse in der Größenordnung von 100 Mrd. Euro erhält.

These 9: Verteidigungsausgaben sind in Kriegszeiten ein Ausnahmebereich.

In der Ukraine findet ein Krieg statt, der für Europa eine überragende geopolitische Bedeutung hat. Sollte in naher Zukunft eine Situation entstehen, in der sich der Aggressor Russland durchzusetzen droht, würden unabsehbare sicherheitspolitische Lasten auf Deutschland zukommen. Sie sind nur zu bewältigen durch massive Aufstockung des – verfassungsrechtlich abgesicherten – Sonderfonds für die Verteidigung, komplett außerhalb des normalen Haushalts.



**Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit**